

Anfrage

Öffentlich

Datum

16.09.2014

Nummer

3144/14

Absender

DIE LINKE.
Rathaus
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Markurth
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

30.09.2014

Betreff / Beschlussvorschlag

Zukunft des Krematoriums

Am 24.06.2013 wurde mit großer Mehrheit – aber gegen die Stimmen der LINKEN - im Rat die Einleitung eines Privatisierungsverfahrens für das städtische Krematorium beschlossen. Als Grund wird u.a. ein Sanierungsstau von rund 1,4 Mio. Euro angeführt. Dieser ist von Ratsmehrheiten und Verwaltungsspitze, nicht aber von den Mitarbeitern, zu verantworten.

Am 29.01.2014 kam es im Verwaltungsausschuss zu dem Beschluss, dass die Verwaltung in Verhandlungen mit den Kirchen über eine gemeinsame Trägerschaft für die Braunschweiger Friedhöfe eintreten soll. In der Begründung zu dieser Vorlage wird von der Verwaltung angeführt, dass auch das Krematorium in diese Verhandlungen mit eingeschlossen werden könnte.

Zu diesem Thema haben sich in der Juli-August Ausgabe der Mitarbeiterzeitung „wir“ zwei Beschäftigte des Fachbereiches 67 zu Wort gemeldet. Zu Recht weisen sie darauf hin, dass mit der beabsichtigten Privatisierung eine weitere Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge abgegeben wird und tarifliche Arbeitsplätze verschwinden. Gleichzeitig werden hier konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit gemacht und ein Ende der „Hängepartie“ für die Beschäftigten gefordert.

Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung gefragt:

1. Welche Entwicklung hat es hinsichtlich der beschlossenen Privatisierung seit dem 24.06.2013 gegeben?
2. Hat sich aus den Gesprächen mit den Kirchen eine Perspektive für den Betrieb des Krematoriums ergeben?
3. Wie beurteilt die Verwaltung die Vorschläge der Mitarbeiter (bspw. Reduzierung der Ofenlinien) zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit?

Udo Sommerfeld
Fraktionsvorsitzender